

Antrag A16

Antragssteller*innen: BV Tempelhof-Schöneberg, BV Neukölln, Elisabeth Wissel (Delegierte T-S), Denis Petri (Mitglied des LaVo), Walter Van hove (Delegierter F-K), Brunhilde Van hove (Delegierte F-K), LAG Mobilität und Verkehr, Dennis Egginger-Gonzales (Delegierter SteZe), Martin Haase-Thomas (T-S), Karolin Behlert (Delegierte F-K), Christoph Hey (Pankow), Marcus Otto (BV SteZe), Ferat Kocak (MdA Neukölln), Katalin Gennburg (MdA, T-K), Michael Efler (Delegierter LAG Klimagerechtigkeit), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Charlottenburg-Wilmersdorf), Stefan Böhme (Delegierter Mitte), BV Friedrichshain-Kreuzberg, Jörg Simon, Lena Fries (Delegierte Treptow-Köpenick), LAG Kinderarmut, LAG Klimagerechtigkeit, Stephan Truningner (Delegierter BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Moritz Warnke (Bezirksvorsitzender Treptow-Köpenick), Gerrit Peters (Mitglied Bezirksvorstand TK), BV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Tempelhofer Feld verteidigen!

2

3 Das Tempelhofer Feld muss als Freiraum für Menschen und Stadtnatur, in seiner Funktion als
4 Kaltluftreservoir, Grün- und Versickerungsfläche sowie für die Klimaresilienz, als ein öffentlicher Raum
5 mit vielfältigen Nutzungen ohne Konsumzwang sowie als Symbol für erfolgreiche direkte Demokratie
6 in Berlin erhalten bleiben.

7 Die Auseinandersetzung um das Tempelhofer Feld ist ein grundsätzlicher Kampf von stadtweiter
8 Bedeutung, der ökologische mit sozialen Belangen verbindet. Er steht exemplarisch für den
9 Widerspruch zwischen den Interessen der Menschen und den Verwertungsinteressen des Kapitals. Es
10 geht auch dieses Mal um die Frage: Wem gehört die Stadt? Unsere Antwort lautet: Menschen vor
11 Profite! Freies Feld für alle!

12 DIE LINKE. Berlin lehnt Pläne für eine sogenannte Randbebauung ab und stellt sich gegen die
13 Überlegungen der Landesregierung, das Tempelhofer Feld Gesetz mittels einer Kampagne, die nur
14 ausgewählte Berliner*innen einbezieht und durch von oben orchestrierte Volksbefragungen zu
15 schleifen.

16

17 DIE LINKE. Berlin unterstützt die Initiative 100% Tempelhofer Feld mit einer eigenen Kampagne, die
18 unter anderem enthält:

19

- 20 • Veranstaltungen des Landesverbands
- 21 • eigene gedruckte und Online-Materialien
- 22 • intensive parlamentarische Arbeit im Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordneten-
23 versammlungen
- 24 • Aufrufe zu gemeinsamen Aktionen und Demonstrationen

25

26 Begründung:

27

28 DIE LINKE. Berlin unterstützte bereits den erfolgreichen Volksentscheid zur Verabschiedung des
29 Tempelhofer Feld Gesetzes im Jahr 2014. Die Pläne des damaligen Rot-Schwarzen Senats, das
30 Tempelhofer Feld zu bebauen, wurden von der Berliner Bevölkerung rundheraus und mit
31 überzeugender Mehrheit abgelehnt. Heute ist das Tempelhofer Feld ein unverzichtbarer Freiraum für
32 die Berliner*innen, der von bis zu 90.000 Menschen pro Tag besucht wird.

33

34 Der damalige Volksentscheid war und ist ein klares Statement der Berliner*innen, fortschrittliche
35 Stadtentwicklungspolitik zu betreiben und die Stadt vor dem Ausverkauf zu schützen. Es ist
36 bezeichnend, dass die heutige Schwarz-Rote Landesregierung viel Energie und Geld aufwenden
37 möchte, um das qualifizierte Urteil der Berliner*innen für die lebenswerte Zukunft ihrer Stadt
38 rückgängig zu machen. Allein drei Millionen Euro will sich der Senat eine sogenannte
39 „Bürgerwerkstatt“ samt eines internationalen Ideenwettbewerbs für die von ihm sogenannte
40 Randbebauung kosten lassen, während an jeder Ecke sonst gespart werden soll und die sozialen
41 Träger, die den Zusammenhalt der Stadt sicherstellen und Menschen in allen Lebenslagen
42 unterstützen, um jeden Euro bangen müssen. Gleichzeitig wurde eine Debatte um sogenannte
43 Volksbefragungen losgetreten, um – da sich CDU und SPD wohl zumindest ein bisschen schämen, ein
44 durch Volksentscheid beschlossenes Gesetz einfach parlamentarisch abzuwickeln – eine Legitimation
45 herzuleiten, die Entscheidung des Volksentscheids zu kippen. Das ist auch über das Tempelhofer Feld
46 hinaus relevant und kann als wichtiger Schritt in einem Kampf gegen direkte Demokratie und echte
47 Bürgerbeteiligung gesehen werden.

48 DIE LINKE. Berlin lehnt dieses Vorgehen entschieden ab. Die Entscheidung des Volksentscheids ist für
49 uns bindend und darf nicht mit einer suggestiven Kampagne und einer Volksbefragung, die ganz anders
50 als ein Volksentscheid sowohl die Fragestellung als auch die propagandistische Macht auf der Seite der
51 Exekutive bündelt, rückgängig gemacht werden. Neben dieser Achtung der direkten Demokratie in
52 unserer Stadt ist die wichtige positive stadtklimatische und ökologische Bedeutung sowie die
53 herausragende Stellung des Tempelhofer Feldes als Erholungs- und Freiraum für uns ausschlaggebend.